

Koalition will Trickserieien der Krankenkassen unterbinden

Berlin, 21.12.2018, 05:00 Uhr

GDN - Die Große Koalition will die Krankenkassen daran hindern, aus der Manipulation von Diagnosen weiterhin Profit zu schlagen. Durch eine Gesetzesänderung sollen die Kassen keine Möglichkeit mehr haben, Patienten auf dem Papier kränker aussehen zu lassen – um mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds zu bekommen.

Das sieht ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum sogenannten Termingesetz vor, über den das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" berichtet. Darin werden grundsätzlich alle Verträge mit Ärzten untersagt, bei denen für bestimmte Diagnosen Prämien gezahlt werden. "Wir wollen Ärzte nicht mal dem möglichen Verdacht aussetzen, dass sie ihre Patienten nach finanziellen Kriterien behandeln", sagte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dem RND zur Begründung. Deswegen müsse die ärztliche Leistung in Sonderverträgen mit den Krankenkassen immer unabhängig von der Diagnose vergütet werden. "Mögliche Schlupflöcher in diesen Verträgen werden wir jetzt endgültig schließen", betonte er. 2016 war bekannt geworden, dass viele Krankenkassen die Ärzte dafür belohnen, möglichst die Diagnosen zu dokumentieren, die den Kassen viel Geld aus dem Gesundheitsfonds bringen. Wenn zum Beispiel statt einer depressiven Stimmung eine echte Depression angegeben wird, bringt das für die Kasse pro Fall 1.000 Euro mehr im Jahr. Bereits Anfang 2017 hatte der Bundestag versucht, die Manipulationen zu unterbinden. Durch die damalige Gesetzesänderung wurden eine zusätzliche Vergütung von Diagnosen, eine nachträgliche Änderung und eine entsprechende Beratung der Ärzte durch Krankenkassen explizit verboten. Die Kassen nutzten aber Umgehungsmöglichkeiten. In vielen Verträgen zwischen Krankenkassen und Ärzten fanden die Aufsichtsbehörden weiterhin Anreize, etwa nach der Anzahl der Diagnosen gestaffelte Pauschalen. Nun zieht die Koalition die Reißleine. In dem Änderungsantrag der Fraktionen von Union und SPD heißt es: "Vereinbarungen, die bestimmte Diagnosen als Voraussetzung für Vergütungen vorsehen, sind unzulässig."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-117310/koalition-will-tricksereien-der-krankenkassen-unterbinden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619